

## POLIZEIMELDUNGEN

**Diesel-Stromaggregat auf Baustelle gestohlen**

MAUREN – Über das Wochenende wurde einer Baufirma das Diesel-Stromaggregat durch unbekannte Täter gestohlen. Das Gerät im Wert von ca. 5000 Franken befand sich auf der Baustelle «Umlegung Oxner» in Mauren. Personen, die mögliche Angaben zum Diebstahl machen können, werden gebeten, sich mit der Landespolizei Vaduz (Tel. 236 71 11) in Verbindung zu setzen.

**Auffahrunfall mit Blechschaden**

VADUZ – Am Sonntagnachmittag musste ein Automobilist bei der Einmündung Meierhofstrasse in die Austrasse in Vaduz wegen des Querverkehrs anhalten. Ein nachfolgender Lenker bemerkte dies offensichtlich zu spät und fuhr auf das Heck des stehenden Fahrzeuges auf.

**Fahrradlenker gestürzt**

ESCHEN – Am Samstagmittag stürzte ein Fahrradlenker auf der Talfahrt von Schellenberg kommend in Eschen. Die Polizeipatrouille konnte feststellen, dass der Radfahrer infolge eines epileptischen Anfalles zu Sturz gekommen war. Der Fahrradlenker wurde unbestimmten Grades verletzt und musste mit dem Rettungsdienst in ein Spital verlegt werden.

**Gestohlenes Auto gefunden**

VADUZ – In Vaduz stellte ein aufmerksamer Spaziergänger am Samstagmittag an der Iraggellstrasse ein abgestelltes Fahrzeug fest, bei welchem offensichtlich am Zündschloss manipuliert worden war. Die Landespolizei stellte fest, dass die Zündung aufgebrochen und kurzgeschlossen war. Eine Diebstahlmeldung des Fahrzeuges mit Genfer Kontrollschildern liegt derzeit nicht vor; die polizeilichen Abklärungen würden aufgenommen.

**Berggänger aus Bergnot gerettet**

ALPENGEBIET – Zwei Berggänger wurden am Samstagabend durch die liechtensteinische Bergrettung aus dem Gebiet unterhalb des Alpspitzes gerettet. Sie hielten sich dort in der einbrechenden Dunkelheit orientierungslos in felsigem Gelände auf. Die Bergrettung konnte die Verirrten bergen und sicher über den Fürstensteig nach Gaflei begleiten. Glücklicherweise hatten sich die Berggänger nach einsetzender Dunkelheit nicht mehr bewegt und konnten über Handy mit der Bergrettung Kontakt halten.

**Ausgewiesene Person festgehalten**

SCHAANWALD – Die österreichische Zollwache übergab am Samstagabend der Landespolizei einen Mann, der in der Schweiz und Liechtenstein mit Ausweisung und Einreiseperrre belegt ist. Der Mann hatte versucht, von Liechtenstein aus illegal die Grenze nach Österreich zu überqueren. Der Mann wurde durch die Landespolizei festgenommen und in Ausschaffungshaft gesetzt.

**Alkoholisiert unterwegs**

BALZERS – In der Nacht auf Sonntag stellte die Landespolizei bei einer Verkehrskontrolle zwei Autolenker fest, die offenbar alkoholisiert mit einem Auto unterwegs waren. Bei beiden Lenkern wurde eine Blutprobe zur Feststellung des Blutalkoholgehaltes angeordnet. In Balzers prallte ein Autolenker auf der Fahrt nach Triesen mit überhöhter Geschwindigkeit in die Baustellenabschrankung. Das Fahrzeug durchschlug die Absperrung und kam an der gegenüberliegenden Leitplanke zum Stillstand. Der Lenker wurde nicht verletzt. Die Landespolizei ordnete beim Lenker die Blutprobe an. (lpl)

# Gesundheitsreform

FBP-Klausurtagung mit Regierung, Landtagsfraktion und Präsidium

MAUREN – **Patientenfreundlichere Handhabung des Gesundheitssystems, Senkung der Verwaltungskosten und Eindämmung des Ärztezuzugs: Das sind drei Zielsetzungen, die am Wochenende in Mauren an der FBP-Klausurtagung zur bevorstehenden Gesundheitsreform formuliert worden sind.**

• Martin Frommelt

Die Mitglieder von Regierung, Landtagsfraktion und FBP-Präsidium diskutierten in Mauren unter der Leitung von Gesundheitsminister Hansjörg Frick verschiedene Möglichkeiten zu Verbesserungen im Gesundheitswesen. Dass Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten, da das unter der letzten Regierung eingeführte Hausarztmodell statt zu einer Kostendämpfung vielmehr zu einer Kostenexplosion geführt hat. Innerhalb vier Jahren haben sich die staatlichen Beiträge an die Krankenkassen von 25 auf 53 Millionen Franken verdoppelt.

**Gesamtkosten verdoppelt**

In den letzten zehn Jahren sind die Kosten im Gesundheitswesen in Liechtenstein exorbitant gestiegen: Die Gesamtkosten pro Versicherten haben sich verdoppelt, die Verwaltungskosten gar verdreifacht, für Medikamente wird 2,5 Mal mehr



Ein Grossteil von Landtagsfraktion, Präsidium und Regierung (kl. Bild: Gesundheitsminister Hansjörg Frick) nahm an der FBP-Klausurtagung zur Gesundheitsreform in Mauren teil.

ausgegeben als 1991 und die Erkrankungsfälle pro Versicherten und Jahr sind in den letzten fünf Jahren vom langjährigen Mittel von 2,6 auf 3,6 gestiegen. Inzwischen liegt der durchschnittliche Gesamtaufwand der Krankenversicherung pro versicherte Person in Liechtenstein um nicht weniger als 40 Prozent

über jenem des Kantons St. Gallen. Bemerkenswert, dass die Kassenprämien in Liechtenstein dennoch weit unter den Tarifen der einzelnen Schweizer Kantone liegen.

**Reform drängt**

Wie Gesundheitsminister Hansjörg Frick darlegte, sollen die ver-

schiedenen für die Reform relevanten Gesetze noch dieses Jahr in die Vernehmlassung geschickt werden. Die Zeit für die Reform drängt, denn Ende Juni 2003 läuft das im Dezember 2001 vom Landtag im Sinne einer Sofortmassnahme beschlossene 18-monatige Ärztestopp-Moratorium aus.

## MEIN STANDPUNKT

### Weshalb dieser Widerstand?

Adrian Hasler (FBP): Rückblick auf die Budgetdebatte im Landtag

Die VU wehrte sich in der Budgetdebatte vehement gegen die Kürzung der Finanzzuweisungen an die Gemeinden. Dabei liegen die Fakten offen auf dem Tisch: Die Gemeinden können diese Kürzung ohne Probleme verkraften. Sie sind weiterhin in der Lage, ihre laufenden Ausgaben vollständig zu decken und ihre Investitionen im Rahmen der letzten Jahre zu tätigen. Weshalb also dieser Widerstand der VU?

Dass sich die Vorsteher gegen diese Kürzung aussprechen, ist verständlich. Welche Gemeinde verzichtet schon gerne auf einen Teil der Finanzzuweisungen, auch wenn dieser Teil für die Bildung der Reserven verwendet wird? Die Zahlen der letzten 3 Jahre sprechen eine deutliche Sprache: Pro Jahr könnten die Gemeinden ihre Reserven um über 45 Mio. Franken erhöhen. Dass die Regierung aufgrund dieser hervorragenden Ertragslage der Gemeinden auch bei den Finanzzuweisungen den Hebel ansetzt, um zu sparen, ist für mich mehr als nur verständlich. Mit dieser Massnahme setzt die Regierung ein klares politisches Zeichen. Bevor der Bürger mit Leistungskürzungen des Staates konfrontiert wird, werden die Finanzzuweisungen an die Gemeinden insgesamt um rund 12 Mio. gekürzt. Diese Massnahme ist für die Gemeinden verkraftbar, ohne dass dies für den Bürger Konsequenzen hat. Hier zeigt die Regierung verantwortungsvolles politisches Handeln.

Die VU sieht dies jedoch völlig anders. Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden sollen gemäss Aus-



«Einige Vertreter der VU sind sich selbst nicht im Klaren, was sie wirklich wollen»: der FBP-Landtagsabgeordnete Adrian Hasler.

sagen der VU nicht reduziert werden. Im Gegenzug verlangt die VU eine Zurückweisung des Budgets und beantragt, die Ausgaben um 23 Mio. Franken zu kürzen. Ich frage mich nur, wo diese Einsparungen vorgenommen werden sollen.

**Regierung nützt Spielraum**

Die Regierung hat im vorgelegten Budget den Sachaufwand bereits um 1,3 % gegenüber dem Vorjahresbudget reduziert. Hier hat die Regierung ihren Spielraum genutzt. Im Vergleich zu den hohen Wachstumsraten der letzten Jahre ist dies ein deutlicher Erfolg der Regierung Hasler.

Der Personalaufwand erhöht sich

um 11,5 Mio., wobei davon ca. 6,8 Mio. für neue Stellen benötigt werden; der Rest ist auf automatische Vorrückungen, Gehaltsanpassungen, Teuerungsausgleich etc. zurückzuführen. Das mögliche Sparpotenzial für 2003 bewegt sich also offensichtlich nicht in der geforderten Grössenordnung von 23 Mio. Auch muss festgehalten werden, dass einige der neuen Stellen bereits während dieses Jahres vom Landtag bewilligt wurden – mit Unterstützung der VU. Und nun stelle man sich vor, dass ausgerechnet aus den Reihen der VU, welche bei den Personalkosten eine Einsparung verlangt, der Antrag kommt, den Teuerungsausgleich

von 1 % auf 1,4 % zu erhöhen! Diese Haltung ist für mich nicht verständlich; sollen nun die Personalkosten reduziert oder erhöht werden? Ich glaube, einige Vertreter der VU sind sich hier selbst nicht im Klaren, was sie wirklich wollen!

**Beitragsleistungen überprüfen**

Die Beitragsleistungen beanspruchen den grössten Teil der Ausgaben. Hier ist betragsmässig auch der grösste Zuwachs zu verzeichnen (+ 22,4 Mio.). Der Staat wendet im kommenden Jahr allein für die Beiträge im Sozialbereich rund 125 Mio. Franken auf. Für mich ist offensichtlich, dass die Beitragsleistungen überprüft werden müssen. Wenn Einsparungen in diesem Bereich beschlossen werden, führt dies zu Leistungskürzungen, die der Bürger spüren wird. Hier gilt es, die soziale Verträglichkeit stets im Auge zu behalten. Es muss auch berücksichtigt werden, dass Gesetzesanpassungen notwendig sind; um hier Einsparungen vorzunehmen; die Auswirkungen sind also nicht sofort spürbar.

Deshalb frage ich mich, wo denn nun diese 23 Mio. Franken im nächsten Jahr eingespart werden sollen?

ANZEIGE

Die modische Art  
danke zu sagen –  
Geschenkkarten von  
**Helbling**  
Männerrunde 9470 Buchs